

## Steuergeschenke für reiche Familie

National- und Ständerat beschlossen Ende September eine starke Erhöhung der Steuerabzüge für Kinder. Die Vorlage zu den Kinderabzügen könnte vor das Vlk kommen: Die SP kündigte das Referendum an, die PdA ist wahrscheinlich auch dabei.

National- und Ständerat erhöhten den Steuerabzug für die externe Betreuung von Kindern von 10'100 Franken auf maximal 25'000 Franken. Tiefere Kinderbetreuungskosten sollen es gut ausgebildeten Frauen erleichtern, eine Arbeit aufzunehmen. Die Steuerausfälle dafür werden auf 35 Millionen für Bund und Kantone geschätzt. Der Nationalrat packte auch noch eine Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs von 6'500 auf 10'000 Franken in die Vorlage. Die Kosten belaufen sich auf 350 Millionen Franken. Davon profitieren vor allem mittlere und hohe Einkommen. Im Ständerat kam erst auf Antrag der Einigungskonferenz eine knappe Mehrheit zustande. Die kleine Kammer hatte vor allem darum Vorbehalte, weil die Kantone dazu nicht angehört worden waren.

### Sehr grosse Ausfälle

„Diese Reform wurde klar für sehr hohe Einkommen gemacht, ich stimmte dagegen“, kommentiert PdA-Nationalrat Denis de la Reussille auf Anfrage. „Sehr grosse Steuerausfälle wären die Folge“. Er ist dafür, das SP-Referendum zu unterstützen und Unterschriften dafür sammeln, „natürlich immer im Rahmen der Möglichkeiten unserer Partei.“ Sogar die alte liberale NZZ findet: von diesem Ausbau würden vor allem Gutverdiener profitieren. Die Eidgenössische Steuerverwaltung erwartet daraus kurzfristig Einnahmeneinbussen von 350 Millionen Franken pro Jahr, wovon 70 Prozent Haushalten mit steuerbarem Einkommen ab 100'000 Franken zugute kämen. Wer keine direkte Bundessteuer zahlt (gut 44 Prozent der Familien mit Kindern), kann naturgemäss überhaupt nicht profitieren.“ Die SP setzt in ihrer Medienmitteilung noch einen drauf: „Die Bürgerlichen verkaufen die Erhöhung der allgemeinen Kinderabzüge von 6'500 10'000 Franken als Familienförderung. In Wahrheit ist sie ein Steuergeschenk für Spitzenverdiener-Haushalte.“ Und die NZZ erinnert daran, im schweizerischen Steuerrecht gelte der Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, und dies sei in dieser Vorlage nicht der Fall.

### Wahlkampf-Thema

Weniger als ein Drittel der 350 Millionen Franken geht an Familien mit Brutto-Einkommen zwischen 100'000 und 150'000 Franken. „Sie bekommen wenig, bezahlen aber die Rechnung, weil Steuereinnahmen fehlen: Wenn Prämienverbilligungen gestrichen, Kita-Tarife erhöht werden, sind diese Mittelstands-Familien als erste betroffen“, so SP-Parteipräsident Christian Levrat. Den grössten Abzug soll es für Einkommen ab 300'000 Franken geben. 70 Prozent der 350 Millionen Franken würden an die rund 12 Prozent der Spitzenverdiener-Haushalte in der Schweiz gehen. „Für die Reichen ist Geld da, während Leistungen wie Prämienverbilligungen mit Verweis auf finanzpolitische Engpässe gestrichen werden“, sagt SP-Nationalrat Cédric Wermuth. Die Bürgerlichen werfen der SP vor, sie mache Wahlkampf mit der Ankündigung des Referendums. Diese kehrt in ihrer Medienmitteilung den Spieß um: Die bürgerliche Mehrheit schein weniger die Familien vor Augen zu haben als den 20. Oktober und die Portemonnaies ihrer Klientel. Die Partei der Arbeit Schweiz (PdAS) wird an der Sitzung des Zentralkomitees vom 26. Oktober über die Unterstützung des Referendums entscheiden. Sie wird es mit grösster Wahrscheinlichkeit unterstützen.

Damian Bugmann.

Vorwärts, 18.10.2019.

Personen > Bugmann Damian. Steuern. Vorwaerts, 2019-10-18